

Korrektur zu OTS Grünewald: Budgetkonsolidierung darf nicht zu Lasten von PatientInnen gehen

Utl.: Grüne: Schwerste Mängel in der Versorgung psychisch kranker Menschen =

Wien (OTS) - Korrektur: Im letzten Satz des dritten Absatzes muss es heißen: "2009 gab die Sozialversicherung 46,8 Millionen Euro für Psychotherapie aus".

In der heutigen Ausgabe des Standard spricht sich Christoph Klein vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger in einem Gespräch mit Eva Mückstein vom Bundesverband der PsychotherapeutInnen erneut gegen einen Gesamtvertrag für Psychotherapie und ein Wahlarztsystem aus. "Der Hauptverband ignoriert weiterhin, dass 1992 in der 50.ASVG-Novelle die psychotherapeutische Behandlung der ärztlichen Hilfe gleichgestellt wurde", kritisiert Kurt Grünewald, Gesundheitssprecher der Grünen, "die Mängel und Ungleichheiten in der Versorgung von psychisch kranken Menschen sind unerträglich".

Der Hauptverband hat kürzlich in einer Studie aufgezeigt, dass von 65.000 Personen, die derzeit in psychotherapeutischer Behandlung sind lediglich 35.000 einen vollfinanzierten Kassenplatz haben. 30.000 Personen bekommen nur einen Kostenzuschuss in der Höhe von 21,80 Euro und müssen mit mindestens 60 Euro Selbstbehalt rechnen. Dass sich das viele Menschen nicht leisten können, liegt auf der Hand. "Als Sofortmaßnahme muss der Kostenzuschuss der Krankenkassen dem Verbraucherpreisindex angepasst werden und auf mindestens 30 Euro erhöht werden", sagt Grünewald. Auch der Psychotherapiebeirat im Gesundheitsministerium schrieb in einer Resolution vom 7.6.2011, dass der Auftrag des § 133 Abs.2 ASVG nach ausreichender und zweckmäßiger Krankenbehandlung nur unzureichend erfüllt wird. Dadurch entstehen Somatisierungen und Chronifizierungen von psychischen Erkrankungen mit erhöhten Folgekosten für das Gesundheitssystem.

"Wenn Klein mit notwendigen Einsparungen im Gesundheitsbereich argumentiert, so ist das sehr kurzsichtig gedacht. Natürlich muss man in manchen Bereichen zuerst einmal etwas investieren, damit man mittel- und langfristig Einsparungen erzielt", so Grünewald. Das WIFO hat errechnet, dass die Nicht-Behandlung von psychischen Erkrankungen Kosten von geschätzten 2,8 Milliarden Euro verursacht. 2009 gab die

Sozialversicherung 46,8 Millionen Euro für Psychotherapie aus.

"Ich fordere alle Beteiligten auf, mit neuer Kraft an einer Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung zu arbeiten, und nicht die Vergangenheit oder die Budgetsituation als Hindernis vorzuschieben", sagt Grünwald. Die Grünen haben in der letzten Plenarsitzung einen Entschließungsantrag eingebracht, der die Erhöhung des Kostenzuschusses für Psychotherapie unter Zugrundelegung des Verbraucherpreisindex für Gesundheitspflege und die Sicherstellung einer gesamtvertraglichen Lösung für psychotherapeutische Leistungen fordert.

Rückfragehinweis:

Die Grünen

Tel.: +43-1 40110-6697

mailto:presse@gruene.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0184 2012-01-23/14:24

231424 Jän 12

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120123_OTS0184